

Das Präsidium soll bei der SP bleiben

Vor acht Jahren gelang es der SP Uster mit Martin Bornhauser erstmals, sich das Stadtpräsidium zu sichern. Nun tritt er zurück, und Barbara Thalmann, die seit acht Jahren dem Sozialdepartement vorsteht, will es für die SP verteidigen. Was sie am Präsidium reizt und wie sie ihre Wahlchancen einschätzt, erklärt sie im Gespräch mit Nicole Soland.

P.S.: Sie sind seit 2006 Stadträtin: Warum treten Sie gerade jetzt fürs Präsidium an?

Barbara Thalmann: Die SP Uster möchte das Präsidium behalten, und für mich persönlich ist der Zeitpunkt gut, nochmals etwas Neues anzufangen.

Warum?

«In Uster steht die Linke zum Glück weniger auf verlorenem Posten als beispielsweise in Volketswil. Umgekehrt ist Uster aber noch lange nicht die Stadt Zürich. Wie es am 30. März ausgeht, ist offen.»

Eine Veränderung käme mir insofern gelegen, als das Amt einer Stadträtin in Uster ein Arbeitspensum von 40 bis 50 Prozent bedeutet. Das Stadtpräsidium hingegen ist als 80-Prozent-Stelle definiert.

Sie müssten Ihre Arbeit als selbstständige Architektin aufgeben.

Das ist so: Werde ich zur Präsidentin gewählt, setze ich voll auf die Politik.

Wie leicht fiel Ihnen dieser Schritt?

Ich bin gerne Architektin. Doch leider sind Architektin und Politikerin zwei Berufe, die sich zeitlich wie inhaltlich nicht so einfach unter einen Hut bringen lassen. Inhaltlich sind insbesondere Interessenskonflikte bei öffentlichen Bauaufträgen zu nennen. Beim Zeitlichen kommt hinzu, dass ich im Vorstand einer Wohnbaugenossenschaft bin und

aktuell einen Neubau mit 34 Wohnungen betreue.

Die SP möchte nicht nur das Stadt-, sondern auch das Schulpräsidium für sich, obwohl sie mit drei Sitzen in der Exekutive bereits übervertreten ist. Kann das gut gehen?

Wir haben diese Sitze ja nicht gestohlen. Vor allem aber gab es vor acht Jahren, als wir sie eroberten, in Uster noch keine Grünen und auch keine Grünliberalen, welche für die Exekutive kandidierten. Sosehr «übervertreten» war Links-Grün damit nicht. Dass wir nun mit Patricia Bernet auch das Schulpräsidium ins Visier nehmen, das zurzeit in FDP-Hand ist, hat vor allem damit zu tun, dass wir uns nicht immer nur ärgern wollen über das, was in der Schule nicht nach unseren Vorstel-

lungen läuft, sondern selber Verantwortung übernehmen.

Umgekehrt greift die SVP nach dem Stadtpräsidium. Ist damit die Sache nicht bereits gelaufen?

Von den Bürgerlichen unterstützen die FDP und zwei kleinere bürgerliche Parteien den Kandidaten der SVP, Werner Egli. Andererseits haben die Grünliberalen, die CVP und die BDP Stimmfreigabe beschlossen. Ich werde offiziell von der EVP unterstützt. Schade finde ich, dass die Grünen entschieden haben, uns nicht zu unterstützen – obwohl es insofern ihr gutes Recht ist, als wir ihren Stadtratskandidaten nicht unterstützen.

Ihren ersten Stadtratssitz zu erobern, wird dadurch für die Grünen kaum einfacher...

Ich könnte ihre Haltung eher verstehen, wenn sie einen Kandidaten fürs Präsidium stellten.

Grund zur Sorge besteht trotzdem nicht: Nur mangels Empfehlung der Partei schreibt eine Grüne kaum einen SVP-ler auf den Wahlzettel.

Sie schätzen Ihre Chancen als gut ein?

Ich bin zuversichtlich, doch dazu, wie gut meine Chancen stehen, kann ich nichts sagen.

Will heissen, Sie wollen nicht?

Nein, im Ernst: In Uster steht die Linke zum Glück weniger auf verlorenem Posten als beispielsweise in Pfäffikon ZH oder Volketswil. Immerhin wurde die Masseneinwanderungsinitiative bei uns mit über 54 Prozent Nein abgelehnt. Umgekehrt ist Uster aber noch lange nicht die Stadt Zürich. Wie es am 30. März ausgeht, ist offen.

Aber Ihre Partei war nun acht Jahre lang am Ruder, und Martin Bornhauser hat es kaum mit allen verdorben: Das müsste doch klappen.

Dass Martin Bornhauser einen guten Job macht, ist unbestritten, und es ist deshalb auch keineswegs so, dass die SP in Uster als «rotes Tuch» gilt oder dass viele UstermerInnen das Gefühl haben, es brauche dringend einen Neuanfang. So gesehen sind meine Chancen intakt. Ob es aber tatsächlich klappt, wissen wir am Abend des 30. März.

Sie machen hauptsächlich mit den Themen «Stadtentwicklung» und «Kultur» Wahlkampf: Das Sozialdepartement sorgt in Uster offensichtlich nicht für Schlagzeilen.

Das ist so. Es funktioniert gut, und es gab in jüngster Zeit auch keine Budget-Kürzungen – aber wir haben auch stets auf die Kosten geschaut. Unsere Sozialhilfequote ist mit 1,3 Prozent die tiefste im Vergleich mit anderen Schweizer Städten.

Sie machen Ihren Job so gut, dass man sich fragen muss, ob man es sich leisten kann, Sie ins Präsidium wegzubefördern?

Ach wo: Ich habe das Glück, auf eine Verwaltung zählen zu können, die ein sehr grosses Know-how hat, sowie auf eine Sozialbehörde, die ebenfalls sehr gut arbeitet. Als Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik sowie der Sozialkonferenz des Kantons Zürich ist mir zudem stets bewusst, wie vieles im So-

zialbereich durch übergeordnetes Recht abschliessend festgelegt ist.

Aber ein bisschen Eigenlob in den Wahlkampf streuen könnten Sie trotzdem.

Dagegen spricht, dass sich soziale Themen schlecht für den Wahlkampf eignen, denn sie erfordern, dass man genau hinschaut und differenziert. Vor allem aber möchte ich ja Stadtpräsidentin werden. Also lege ich den WählerInnen dar, wie ich mich zu den Themen stelle, mit denen ich es in dieser Funktion zu tun bekäme.

Wie denn?

Was das Thema Stadtentwicklung betrifft, muss man sich auch in Uster Gedanken über mehr bezahlbaren Wohnraum machen. Als Vorstandsmitglied der Wohnbaugenossenschaft Gewo Züri Ost habe ich an einigen Um- und Neubauprojekten mitgearbeitet, beispielsweise am Projekt 50 Plus an der Brandstrasse in Uster. Auch auf der politischen Ebene engagiere ich mich fürs genossenschaftliche Wohnen: Ich bin seit 2008 im Vorstand des Zürcher Regionalverbandes von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. Heutzutage, wo stetig steigende Mieten für immer mehr Menschen zu einem Problem werden, sehe ich mein Engagement für den genossenschaftlichen Wohnungsbau als Auftrag, auch weniger Betuchten eine zahlbare Wohnung zu ermöglichen. Das könnte man natürlich auch als «soziales Engagement» bezeichnen.

Mit ihrer Volksinitiative für ein fussgängerfreundliches Zentrum ist die SP im September 2012 an der Urne gescheitert. Was würden Sie als Stadtpräsidentin für ein «wohnlischeres» Zentrum tun?

Dazu ist anzumerken, dass die Stadt Uster sich aus elf Zivilgemeinden gebildet hat und folglich über kein historisches Zentrum verfügt. Heutzutage hat am ehesten das Gebiet zwischen dem Bahnhof und den beiden Einkaufszentren aus den 1970er-Jahren die Funktion eines Zentrums, und dort setzte auch unsere Volksinitiative an. Uns ist es leider nicht gelungen, den Stimmberechtigten klar zu machen, dass ein Zentrum, in dem man flanieren kann, nicht den Tod des lokalen Gewerbes bedeutet, wie das der Gewerbeverband postulierte, sondern das genaue Gegenteil. Damit ist meine Antwort gegeben: Auch als Stadtpräsidentin werde ich auf Mehrheiten angewiesen sein. Heute lastet zudem ein anderer Druck auf den Städten als früher...

Inwiefern?

Das sogenannte Verdichten ist auch in Städten wie Uster kein Fremdwort mehr. Der Druck, den vorhandenen Raum besser zu nutzen, birgt aber auch Chancen. Nehmen wir das Zeughausareal, das der Bund nicht mehr braucht: Wenn wir dort mittels Gestaltungsplänen einen guten Mix von Wohnen und Arbeiten hinkriegen und eine intelligente Verkehrsführung darum herum, dann rückt auch ein verkehrsfreies Zentrum in Griffnähe.

«Intelligente Verkehrsführung» nennt es die SP also, wenn sie die an der Urne angenom-

mene Unterführung Winterthurerstrasse ablehnt und dafür die Umfahrung Uster West unterstützt: Sind deswegen eigentlich schon viele Mitglieder ausgetreten?

Nein, dies war nicht der Fall! Und wir sind ja auch nicht in erster Linie für die Umfahrung, sondern für die Entlastung, die sie im Zentrum bringt. Es macht einfach keinen Sinn, dass sich der ganze Verkehr mitten durchs Stadtzentrum zwängt. Wir leiten ihn besser aussen herum und sorgen stattdessen dafür, dass die Kinder sicher mit dem Velo zur Schule fahren können. Uster ist von der Grösse und der Topographie bestens für den Langsamverkehr geeignet; diese Chance müssen wir packen.

Zurück zum Zeughausareal: Nur zum Wohnen soll es nicht dienen?

Nein, denn schon heute haben wir viel mehr Weg- als ZupendlerInnen, und Uster soll ja keine Schlafstadt werden. Am Bahnhof könnte es beispielsweise noch mehr Büro-Arbeitsplätze vertragen. Oder nehmen wir das Zellweger-Areal, wo mein Architekturbüro eingemietet ist: Immer mehr wird in diesem Areal Gewerberaum zu Wohnzwecken umgenutzt, weshalb wir an anderen Orten Arbeitsstätten ermöglichen müssen.

Warum genau?

Wir haben beispielsweise mit der Firma Lenzlinger, die unter anderem spezielle Doppelböden fertigt, einen grossen Handwerksbetrieb in Uster, an dessen Produktionsstandort einst weder Lärm noch Lastwagenfahrten ein Problem waren. Doch unterdessen befindet sich der Betrieb mitten im darum herum gewachsenen Aufwertungsgebiet, und die neuen NachbarInnen fühlen sich gestört. Wollen wir die Handwerker nicht aus der Stadt vertreiben, müssen wir ihnen deshalb in geeigneten Gebieten Platz lassen. Die Stadt besitzt noch Land bei der Autobahnausfahrt Uster Nord, wo es bereits Gewerbebetriebe hat. Dort sähe ich eine Möglichkeit für ein Gewerbehaus.

Die Bürgerlichen entgegenn Ihnen doch bloss, an dieser Lage wäre ein Einkaufszentrum viel lukrativer...

Mag sein, aber Einkaufszentren auf der grünen Wiese an der Peripherie wollen wir in Uster nicht; wir haben keine Lust, den Fehler zu wiederholen, den die HinwilerInnen gemacht haben. Wir möchten die Detaillisten im Zentrum halten – was sich nun mal besser erreichen lässt, wenn man sich in diesem Zentrum bewegen kann, ohne ständig Angst haben zu müssen, überfahren zu werden.



Barbara Thalmann

Das Zentrum muss doch sowieso warten: Wird der Stadtsaal nicht subito renoviert, stürzt er noch ganz ein...

Den Stadtsaal müssen wir flicken, das steht fest. Zuerst einmal stimmen wir am 30. März aber darüber ab, ob das Hallenbad für 31 Millionen Franken saniert und zu einem Schwimmbad von nationaler und kantonaler Bedeutung umgewandelt werden soll. Weiter ist auf dem Zeughausareal ein Kultursaal geplant. Angesichts des Bevölkerungswachstums der letzten Jahre müssen wir dringend ein neues Schulhaus bauen, was uns 35 Millionen Franken kostet. Bezüglich des Stadtsaals stellt sich denn auch in erster Linie die Frage, wie stark wir ihn flicken beziehungsweise für wie viele Jahre wir ihn fit machen sollen.

Das tönt danach, als hätte man in Uster in den letzten Jahren nötige Investitionen verschlafen – oder fehlt einfach das Geld?

Uster steht finanziell gut da und hat mit 109 Prozent auch einen vernünftigen Steuerfuss. Die Menschen, die in den letzten Jahren nach Uster zogen, sind mehrheitlich gut ausgebildete Leute mit guten Jobs, die entsprechend Steuern zahlen. Einen gewissen Investitionsstau haben wir tatsächlich.

Doch Uster als Wohnort lockt heute ein urbaneres Publikum an als früher, weshalb für mich trotz allem ein urbaneres Zentrum im Vordergrund steht, ein verdichtetes Zentrum mit Fussgängerzone. Weiter sind ein reiches Kulturleben und ein gutes Sportangebot wichtig, und auch Familien mit Kindern sollen sich bei uns wohlfühlen: Wir sind die Wohn- und Wirtschaftsstadt am Wasser, kurz WWW. Diese Qualität der Stadt Uster möchte ich als Präsidentin erhalten und ausbauen.